

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weßbergergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 23 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober dem Raum 20 Pfennige. für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Breslau, Dienstag, 7. Februar 1893.

4. Jahrgang.

Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan!

Der „Vorwärts“ ist neulich wieder in der Lage, einige Actenstücke an's Tageslicht zu fördern, die so recht illustriren, wie unter dem Regime der III. Abtheilung des Reichspostamts — Fischer — „Material“ zur Einrichtung des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten gesammelt wird:

Düsseldorf, 23. Januar 1893.

Weitere Wahrnehmungen bezüglich des Assistentenverbandes.

In den letzten Tagen sind hier erhebliche Schulden von Assistenten-Verbandsangehörigen zur Sprache gekommen. Ich habe in Folge dessen festgestellt, wie hoch sich, soweit dies bekannt ist, die Schulden der 40 eifrigsten Verbandsanhänger des hiesigen Bezirkes belaufen.

Es sind nur 17 357 Mark, woran der Spar- und Vorschußverein mit 12 864 Mark theilhaftig ist. Die wirkliche Schuldsomme beträgt selbstverständlich weit mehr, denn solche Beamte borgen überall, der ermittelte Betrag erscheint aber schon im bedenklichen Grade geeignet, das Vertrauen und die Achtung nicht allein der Betroffenen, sondern des Standes zu erschüttern, die Sicherheit des Dienstes zu gefährden und für die Theilhaber ein Ende mit Schrecken, wofür schon mehrere Beispiele vorliegen, zu befürchten.

Nun handelt es sich thatsächlich doch auch nicht um unverschuldete Fälle, um einen allgemeinen Nothstand, sondern um unverheirathete, oder eben erst zur Gründung eines Hausstandes übergangene jüngere Beamte, die mit ihrer Einnahme ausreichen könnten, wenn die Vernunft und das Wissen nicht fehlten, und wenn nicht die wohlwollende Einwirkung der Vorgesetzten durch fremdartige Einflüsse zu nichte gemacht würde.

Diesen Zustand verschuldet nicht zum geringsten das Verbandstreiben.

Die Führer bewegen sich meist stetig im Taumel: zunächst an Orte regelmäßig in den Stammkneipen, dann in den Verbanderversammlungen, sowie bei den Zusammenkünften der nebenher bestehenden geselligen Vereine, und endlich reisen sie von einem Ende des Bezirkes zum andern, sei es zur Vorbereitung und Leitung, sei es zum Besuche ordentlicher oder außerordentlicher Versammlungen an anderen Orten.

Zur besseren Veranschaulichung erlaube ich mir anzuführen, was das Postamt in N. N. über die Vorbereitung der daselbst vereinigten Agitationsversammlung verhandlungsschriftlich feststellte.

Am 11. November 1892. Nachmittags, trafen daselbst zwei auswärtige Vertrauensmänner, welche die Assistenten und Gehilfen vom Postamt und Telegraphenamte in N. N. von N. N. und N. N. in das Assistenten-Vereinslocal, in welchem die Verbandszeitung ausliegt, beriefen, erst Stimmung machten und dann verhandelten. Man vertheilte Verbandshefte, zechte, song, benutzte Flugblätter von Junk zur Werbung von Mitgliedern und vertheilte unentgeltlich die Schandbrochure „Die neue Zeit und die alte Deutsche Reichspost“.

Der Besuch dieser Versammlung soll recht stark gewesen sein und die Zecherei die Nacht durch bis zum Frühzuge am nächsten Morgen gedauert haben.

Die Auswärtigen haben sich in Begleitung der ganzen Gesellschaft, alle schwer bezechet, aus dem Wirthshaus zum Zuge begeben und sind dann nach Hause gefahren, um alsbald wieder in Dienst zu treten.

Das ist die Weise zweier mit Agitationsmaterial ausgerüsteter Verbandsagitatoren, nicht angestellter Postassistenten im Alter von 26 und 27 Jahren!

So ähnlich ist man übrigens auch an verschiedenen Orten mit den von der Centralstelle Berlin entsandten Schneidern herumgezogen, zweifellos ist es, daß die verschuldeten Führer die Gelegenheit benutzen, vom Verbandsgeschäfte zu borgen, sich wieder aus einer neuen Borgquelle mit Kleibern, Cigarren u. zu versorgen.

Von einem leichtlebigen, verschuldeten Assistenten ist mir bekannt geworden, daß er sogar auch einen Geldvorschuß vom Verbandsamt erhalten hat.

Ich habe nicht verfehlen wollen, Vorstehendes nachträglich zur Kenntniß des Reichspostamtes zu bringen. Dabei darf ich wohl erwähnen, daß ich erst in Folge meines jüngsten Vorgehens dazu gekommen bin, den ungesunden Zustand völlig zu erkennen, und die Größe der Gefahr ganz zu ermessen, und daß dieses Vorgehen auch zunächst nur den Zweck haben sollte, den Auswüchsen und bedauerlichen Wirkungen des Verbandes entgegenzutreten.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector
Geheime Ober-Postrath
(gez.) Köhne.

An
das Kaiserliche Reichs-Postamt
in Berlin.

1952

Berlin W., 26. Januar 1893.

Reichspostamt.
III. Abtheilung.

Euer Wohlgeboren erhalten in der Anlage Abschrift eines Berichts der kaiserlichen Ober-Postdirection in Düsseldorf vom 23. Januar zur Kenntniß, mit dem Auftrage, in unauffälliger Weise ermitteln und feststellen zu lassen, ob bezüglich der Verschuldung von Mitgliedern des Verbandes Deutscher Post- und Tele-

Feuilleton.

Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

10]

Nachdruck verboten.

Folly nickte und folgte dem Knaben um die Ecke, wo sich der nur für die Bühnenmitglieder bestimmte Seiteneingang befand. Hier stand sie ganz regungslos und beobachtete die in Mantel und Pelze gehüllten Künstler und Künstlerinnen, welche lachend und laut plaudernd durch die enge Pforte ins Innere des Hauses schlüpfen.

Follys äußere Erscheinung war seltsam genug. In ein verwaschenes, fleischgestärktes, helles Kattunkleid gehüllt, dessen Saum knapp bis zu den Knöcheln reichte und die in schwarzbaummwollenen Strümpfen steckenden Beine, sowie die schiefgetretenen Schuhe sehen ließ; über dem Kattunkleid ein ausgewaschenes Jäckchen, auf dem Kopf einen alten dunklen Strohhut mit gebrochener Feder und ein Paar baummwollener Handschuhe an den schmalen Händen — so sah das jetzt fünfzehnjährige Mädchen damals aus — zu groß für ein Kind, zu kindlich für ein Weib.

Als sie die elegant gekleideten Kinder aus dem

Wagen steigen sah, zögerte sie und schaute ihnen nach, und als sie wahrnahm, daß ein schon ziemlich großes Mädchen die Spitzenmantille fester um die Schultern zog, ruppste sie schnell ihr verwachsenes Jäckchen zurecht — selbst in Lumpen huldigte Folly der Mode.

Ob Folly, als sie die gepugten Kinder erblickte, daran dachte, daß sie selbst es einst ebenso gut gehabt wie diese — daß sie der Augapfel der Pflegeeltern gewesen und sich damals vollkommen glücklich gefühlt? Nein, weit entfernt davon.

Folly gedachte nicht der Vergangenheit, sie träumte nur von der Zukunft, einer reichen glänzenden Zukunft, und sie hatte das Bewußtsein, daß sie all diesen anscheinend so wohlthuernden Kindern überlegen sei — daß sie konnte, was diese nie lernen würden! Sie bewunderte Niemand, beneidete Niemand — sie war nach London gekommen, um sich bewundern und beneiden zu lassen, und wie die Menge sich heute in das Theater drängte, um das vielgerühmte Stück zu sehen, so würde diese Menge sich bereinst auch herbei drängen, um ihre, Follys, Leistungen zu bejubeln! . . .

Einstweilen freilich gab es noch eine recht schwierige Frage zu lösen — an wen mußte sie sich wenden, um ein Engagement zu erhalten? Hier im Vestibule war ein beständiges Gassen- und Drängen, so men und Gehen, und mehr als einmal gerieth Folly in Gefahr, ihren alten Hut einzubüßen. Eben war sie damit beschäftigt, dessen losgegangene Feder mit einer Stednadel wieder zu befestigen, als ein Polizist auf sie zukam und barsch sagte:

„Was thust Du denn hier im Eingang — Du versperst ja den Leuten den Platz!“ und bevor sie ein Wort der Erwiderung fand, hatte der Mann sie schon am Arme gefaßt und hinaus auf den freien Platz geschoben.

Eine Weile blieb Folly draußen stehen. Als sich indeß das Gedränge verlaufen hatte und auch der Polizist verschwunden war, näherte sie sich nochmals dem Vestibule und spähte durch die Thüre. Sie sah einen Herrn, der über dem eleganten Frack einen Pelzmantel trug, an der Cassé stehen und eifrig mit dem alten Kassirer sprechen; augenblicklich befand sich aber Niemand weiter im Vestibule und so schlüpfte Folly hastig durch die nur angelegte Thüre und näherte sich dem Herrn mit der Frage:

„Ich bitte um Entschuldigung, mein Herr, sind Sie der Besitzer dieses Theaters?“

Der also Angeredete nickte lächelnd — er war der zeitweilige Director und fühlte sich als solcher höchst wichtig.

„O das ist mir lieb — ich möchte auf Ihrer Bühne tanzen, Herr!“

Die Naivität des Kindes war im höchsten Grade belustigend; dabei mußte sich der Director sagen, daß er lange kein so interessantes Gesicht gesehen hatte. Freilich, die Kleidung des Mädchens bildete einen seltsamen Gegensatz zu den schönen Gesichtszügen. Aber der Director kannte das. Er maß Folly von oben bis unten und sagte dann nachlässig:

„Hier ist nicht der Ort, um derartige Angelegen-

graphen-Assistenten im dortigen Bezirke ähnliche Wahrnehmungen gemacht worden sind, wie im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirection in Düsseldorf.

Zutreffenden Falles würde es dem Reichs-Postamte erwünscht sein, noch vor Beginn der bald bevorstehenden zweiten Berathung des Stats im Plenum des Reichstages in Besitz des bezüglichen Materials zu gelangen.

Euer Wohlgeboren wollen daher binnen 8 Tagen zur Sache berichten.

(gez.) Fischer.

An
den Kaiserlichen Ober-Postdirector Herrn N. N.
in
N.

Gilt.
Ill. 2991.

Nachdem Herr Fiß gesprochen und Herr Köhne kürzlich diesen Herrn in seiner Ausdrucksweise noch übertrumpft hat, bleiben uns Enttäuschungen nun in der Rehle fassen. 40 Personen sollen beim Post-Spar- und Vorschußverein eine „Schuld“ von 12 864 Mark haben — pro Kopf 320 Mark — und das sollen die „Schulden“ noch nicht mal alle sein, — „denn solche Beamten borgen überall!“, aber schon diese 320 Mark pro Kopf erscheinen „im bedenklichen Grade geeignet, das Vertrauen und die Achtung nicht allein der Betreffenden, sondern des Standes zu erschüttern, die Sicherheit des Dienstes zu gefährden (!) und für die Betheiligten ein Ende mit Schrecken zu befürchten!“ Und diesen Zustand verschuldet nicht zum Geringsten das Verbandsstreben.

Weiß Herr Köhne denn nicht, daß die „Schulden“ von 320 Mark pro Kopf durch die Cautionen dieser Beamten mehr als reichlich aufgewogen werden, ja, daß letztere sogar noch ein kleines „Vermögen“ von 280 M. ihr Eigen nennen können? Hat Herr Köhne die Rehbodische Verfügung vergessen; bedenkt er nicht die Gehilfenzeit, die bei der eintenden Bezahlung den ersten Grund zur Verschuldung legt; ist ihm der Schuldschlag, betreffend die Auswucherung der Beamten und Unterbeamten fremd? Berücksichtigt er nicht die hohen Steuern und Lebensmittelpreise in der dortigen Provinz? Fragt er etwa, ob diese „Verschuldung“ ein Product der Verbandsangehörigkeit, oder ob sie nicht schon vor Gründung des Verbandes da gewesen ist? Nichts von alledem: — „Vernunft und das Wollen fehlen“ und „die Führer bewegen sich meist stetig im Taumel“. Armer Köhne! Wer hat Dich auf Deinen unscheinbaren Posten gestellt? Du und Rehbod, Ihr Beide könntet die sociale Frage ja so spielend lösen! Wir Assistenten würden Euch jedesmal fußfällig um die Erlaubniß bitten, ein Glas Bier trinken zu dürfen.

Festnageln wollen wir noch das Hypothetische, Unpopuläre der Behauptungen: — Die Versammlung „soll“ stark besucht gewesen sein, die Rederei „soll“ die Nacht durchgedauert haben, und wir wollen nun mal sehen, wie Herr Fischer der Brustton der Ueberzeugung sprechen wird.

Was sagte Siebnecht auf dem letzten Parteitage der Socialdemokratie:

„Der heutige Staat tritt als Ausbeuter auf

heiten zu verhandeln — gehe in den schmalen Gang, wo die Bühnenthüre mündet — jetzt habe ich auch keine Zeit!“

„Und wie gelange ich an die Bühnenthüre, Herr Director?“

„Mein Gott, so brauche doch Deine Augen; draußen um die Ecke — rechts die letzte Thüre.“

Folly entfernte sich und fand auch bald die bezeichnete Thüre; weniger leicht war es, Jemand zu finden, dem sie ihr Anliegen vortragen konnte, und schließlich hieß es, jetzt sei keine geeignete Zeit für dergleichen, man habe alle Hände voll zu thun.

„So will ich wiederkommen — wann wäre es denn am passendsten?“ fragte Folly unbeirrt.

„Um — ich wüßte nicht, weshalb Du überhaupt wiederkommen solltest!“ brummte der Portier, indem er einige Briefe in das Wandfach seiner Loge ordnete.

Als er mit dieser Beschäftigung zu Ende war, blickte er auf. Folly stand noch auf demselben Fleck und der Mann betrachtete sie jetzt erst genauer — mit dem durch Übung geschärften Blick des Kenners.

„Komm morgen früh gegen 11 Uhr wieder,“ sagte er dann in freundlicherem Ton.

Ein Freudenstrahl huschte über Follys Gesicht, dasselbe in wunderbarer Weise belebend. Wie beiläufig bemerkte der Portier:

„Wenn Du nichts zu versäumen hast, kannst Du meinewegen auch hier bleiben und warten bis die Vorstellung zu Ende ist — der Balletmeister kommt dann auch hier vorbei.“

und sucht ganz nach mancherlei Grundlügen die Bühne herabzubücken. Er legt dem Arbeiter das Doppeljoch der politischen und ökonomischen Knechtschaft auf.“

Und so ist es. Der Kampf der Postassistenten um das Coalitionsrecht mußte solche Gestalt annehmen: Die Kühnemannschen Praktiken sind dem Herrn Fischer und Genossen zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen. Ob die Assistenten das sacrificium intellectus (Opfer selbstständigen Denkens) bringen werden? — Freiwilling nicht.

Gegen den Antisemitismus

hat die Vorkämpferin der Friedensbewegung, Frau Bertha von Suttner, in einer Broschüre „Wehrt Euch!“ von F. Simon energisch Stellung genommen. Sie hat zu dieser Broschüre eine Vorrede in Form eines offenen Briefes an den Verfasser geschrieben und sagt in derselben unter Anderem:

„Die Nichtjuden haben von der Verböhrtheit, von der Ausdehnung, von der Unheilbarkeit der antisemitischen Gesinnungen auch mehr zu sehen und zu hören bekommen, als die Semiten, denn bisher galt es als eine Art Anstandsregel, daß in Gegenwart von Juden die Bewegung nicht erwähnt wurde, — das bloße Wort „Jude“, die Sitt- verdrängte es aus dem geselligen Umgang, und die Censur strich es aus den Drucksaßen. Und darum kam es bei dem anwachsenden Geißel in gewissen Kreisen nicht zu einem gleichlauten Widerspruch in den anderen Kreisen, aber heute ist das Geißel schon daran, zu wildem Lärm zu werden, hute ist der Antisemitismus ganz salonzeitungs-, parlamentsfähig geworden. Es ist wahrlich an der Zeit, daß auch das Abwehrwort zum Abwehrschrei sich erhebe, daß überall offen, ehrlich, muthig (ob nun Juden dabei sind oder nicht, ob man nun selber Jude ist oder nicht) im Privat- und im öffentlichen Verkehr, in der Presse, von der Volksvertretung und vor dem Throne das beleidigte Menschenrecht sich geltend mache.“

Wir Alle — ich meine die Gesellschaft — brauchen es, daß kein Recht gefährdet werde, und wer sich das keine verfürzen läßt, sei es aus Demuth, aus Angst oder aus Geringschätzung, der verkürzt die Gemeinschaft. Diese kann aus ihrer Mitte kein Talent, keinen großen Geist entbehren, welche etwa — weil sie zufällig in einer verfolgten Klasse aufgetaucht — unterdrückt werden oder sich selbst schon zurückziehen. Keine Bevorrechtung soll es geben, keinen Schutz gegen gerechte Strafe für individuelle Vergehen. Darum ist's ja lächerlich, in den Gegnern des Antisemitismus Philosemiten oder Antiarier zu sehen. Verbrecherische Juden, man sperre sie ein; zuwidere Juden, man meide sie; prohige Juden, man lache sie aus; Juden, welche sich etwa zusammenhätten als „antiarische Partei“ mit der offen verkündeten Absicht, alle Christen zu beschimpfen, ihnen allen Lebensunterhalt zu entziehen, ihnen von vornherein jede Tugend abzuspriechen, sie unausgesetzt zu kränken und zu demüthigen . . . nun, das wäre freilich ein Häuflein böser und bornirter Juden! . . . die würden sicherlich dem Gesetz verfallen, und wir Alle wären solchen Semiten gegenüber ausnahmslos anti.

nicht!“ ein „Zur Verantwortung ziehen“ bei jeder, auch der geringsten Rechtsverletzung bis zur letzten und bis zur höchsten Instanz ist, wenn irgendwo, hier zwingende Nothwendigkeit. Noch bietet das Gesetz ausgiebigen Schutz. Die Verfolger und die Verfolgten aber handeln so, als wäre die von den Ersteren angestrebte Reichlosigkeit der Juden schon eine Thatsache. So kann sie es werden; ein Paragraph, der nicht benutzt wird, stirbt ab, und einreißender Brauch verlangt und erreicht seine Eintragung in das Gesetzbuch.

Die Hauptsache ist: allem Meinungskampf muß — im Namen der Vernunft und im Namen des Gesetzes — das vor diesen beiden unhaltbare Terrain „Jude oder Nichtjude“ emporgehoben werden. Keiner, dem die vage Beschuldigung entgegengeschleudert worden: „Du bist ein Jude“, soll dies überhören, sondern den Ankläger an die Wand drücken: „Ja, das bin ich, gerade so, wie Du ein Christ bist . . . und was weiter? Was wirfst Du mir sonst vor? Das soll untersucht und geprüft werden.“ Ist die Frage einmal so gestellt, so kann sie nicht mehr auf dem engen Gebiete der antisemitischen Doctrinen ausgetragen werden, und die Anzahl Derer, die sich der Bewegung aus verschiedenen außerhalb liegenden Gründen angeschlossen haben, werden sich von ihr zurückziehen. Denn gar Wenige werden sich mit dem Endziel der antisemitischen Agitation — der Vernichtung der Juden — offen einverstanden erklären. Tausende von gütiggesinnten und geistvollen Menschen, die heute dem Antisemitismus hinneigen, weil sie in demselben nur eine Vertheidigung des Conservatismus gegen unbestimmte Umsturzgefahren sehen, würden sich von dieser Bewegung schauernd lossagen, wenn sie erkannt hätten, daß ihr einziger Enderfolg weiter nichts ergeben könnte als die Niederwerfung und Ausrottung — nicht von socialen Schäden oder verdorbenen Doctrinen, denn diese wurzeln außerhalb — sondern von einer Gruppe unglücklicher Nebenmenschen.

Unglücklich . . . Viele sind es in unseren Landen schon heute, obwohl ihre Reichlosigkeit nicht schon — wie etwa in Rußland — erklärt worden ist. Und wenn sie ihn auch in Stolz und Trotz verbergen, ihr Schmerz mag darum nicht minder zornig und ebenso bitter sein.“

Politische Rundschau. Deutschland.

In der Reichstaatscommission zur Vorberathung der sogenannten „lex Heinze“ wurde am 4. d. M. die Berathung des neu vorgeschlagenen § 181 a zum Strafgesetzbuch fortgesetzt. Es lagen dazu 15 Anträge vor. Schließlich wurde der Paragraph in folgender, von den Abgg. Dr. Bielsch und Gröber vorgeschlagenen Fassung angenommen:

„Eine Manneperson, welche von einer Weibsperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unzüchtigen Erwerbes ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder wer einer solchen Weibsperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des un-

„D — ich kann tanzen!“

„Um, wird was Rechtes sein! Wenn ein Leierkasten auf der Gasse spielt, tanzt schließlich jeder, aber hier — —“

„Nein — ich kann Ballet tanzen. Mein Vater, das heißt mein Pflegevater, gehörte früher der Bühne an. Er war ein berühmter Tänzer und er lehrte mich Ballet tanzen.“

Folly seufzte, als sie an die schönen Kinderjahre dachte und dann nahm sie den Hut ab und strich sich das Haar aus der Stirne. Das Gaslicht fiel voll auf die üppigen Haarmassen und ließ dieselben metallisch aufleuchten.

Das Haar war dunkler geworden und dadurch hob sich der milchweiße, zarte Teint des Gesichts und des Nackens noch vortheilhafter aus der lodigen Umrahmung. Fest zusammengedreht und in Gestalt einer Krone auf dem Hinterkopf befestigt, erschienen die schimmernden, funkelnden Strähne fast zu schwer für die schlankte Gestalt.

„Na, Dein Haar kann sich sehen lassen“, murmelte der Portier.

„Wenn ich es offen herabhängen lasse, kann ich mich darauf setzen“, warf Folly gleichmüthig hin.

„Also Dein Pflegevater war Tänzer?“ begann der Portier nach einer Weile wieder.

„Ja, er tanzte den Harlekin und meine Pflegemutter die Colombine.“

„Wie hieß sie?“

„Marie la Rose Fernandez.“

„D, ich will gerne warten — ich habe nichts zu thun.“

„So komme hier herein in mein Stübchen und setze Dich an das Feuer; hier drinnen ist es ganz behaglich und draußen würdest Du doch nur im Wege sein.“

Folly leistete der Aufforderung Folge und während sie sich in den Kaminwinkel drückte, um den Portier nicht zu hindern, drangen entfernte Musikklänge an ihr Ohr. Sie und da vernahm sie auch Stimmengewirr; der Portier bekümmerte sich nicht weiter um sie, denn er hatte beständig Rede und Antwort zu geben. Bühnemitglieder gingen ab und zu, Bedienstete und Theaterarbeiter verlangten diese oder jene Auskunft; dann kam eine in einen dunklen Mantel gehüllte, dichtverschleierte Dame und flüsterte mit dem Portier, bevor sie die zu den Ankleidzimmern führende Treppe betrat.

„Das war Fräulein Duprez“, sagte der Portier, zu Folly gewandt.

„Fräulein Duprez — wer ist das?“

„Si — unsere Colombine — hast Du noch nie von ihr gehört?“

„Nein — seit Jahren weiß ich nichts mehr vom Theater — früher hörte ich viel davon reden.“

„Und doch willst Du zur Bühne — bist Du denn überhaupt schon auf einer solchen gewesen?“

„Nein, niemals.“

„So sag mir um Himmelswillen, wie Du darauf kommst, hier ein Engagement suchen zu wollen?“ rief der Portier, emporsetzt ob solcher Kühnheit.

zünftigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist der Thäter der Ehemann der Weibsperson, oder hat der Thäter die Weibsperson unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes angehalten, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein.

Ein Antrag auf Zulassung mildernder Umstände wurde abgelehnt.

Die Reichs-Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten der Militärvorlage gemacht sind, kann man nur als einen ballon d'essai (Probe-Luftballon) betrachten. Sie reichen lange nicht aus, um die Kosten der Militärvorlage zu decken; man will an ihnen die Willfährigkeit des Reichstages zur Bewilligung erproben. Wer die Militärvorlage und die gegenwärtigen Steuervorlagen bewilligt, kann sich nicht der Deckung der weiteren Kosten entziehen. Mit 65 Millionen jährlich ist es nicht gethan; das dickste Ende kommt erst hinten nach!

Der Gesetzentwurf über den Verrath militärischer Geheimnisse fand in der Commissionssitzung vom 3ten Februar allseitig derart Widerspruch, daß sein Zustandekommen in dieser Form ausgeschlossen ist.

Bei der Beratung des Militäretats in der Budgetcommission des Reichstages brachte Abg. Hammacher zur Sprache, daß kürzlich das gesamte Gardebataillon einschließlich der Einjährig-Freiwilligen, die hierbei ihre Abzeichen ablegen mußten, von früh 6 bis Abends 6 Uhr als Treiber bei einer Hofsog gedient haben, wobei viele Erkrankungen vorkamen. Er fragt, ob Instruktionen in dieser Beziehung beständen. General Gofler erklärt, der Fall sei ihm nicht bekannt, commandirt dürften Soldaten dazu nicht werden. Vielleicht handle es sich um einen freiwilligen Act, der als Abhärtung gegen Kälte aufgefaßt werden könne. Ueber einen anderen ähnlichen Fall in Polen habe er Bericht eingefordert. Von verschiedenen Rednern wurde gewünscht, daß dem Reichstage Erklärungen über diese Vorfälle zuzugingen.

Der christliche Staat offenbart sich am prachvollsten in seinen Vertretern. Er will auf dem Christenthum beruhen und erkennt das Christenthum nur in den beiden Confessionen, der lutherischen und der katholischen an. Diese beiden Kirchen, ob sie auch noch so oft von ihrer Gemeinsamkeit gegen den Unglauben und den Atheismus und die umstürzlerische Socialdemokratie predigen, schimpfen in ihren Hauptorganen so auf einander, daß kein Hund ein Stück Brot von ihnen nehmen könnte. Alle beiden Kirchen können nicht den hundertsten Theil des Schimpfes über die Socialdemokratie ausschütten, als sie es in vollen Kübeln über einander thun. Man lese den Leitartikel der „Germania“ von gestern Abend: „Die Lehrbücher an den höheren Schulen der Stadt Erfurt.“ Es handelt sich um evangelische Lehrbücher und die „Germania“ citirt einige Stellen aus denselben. An solche Insamien, wie hier über die katholische Kirche verlautbart werden, reicht doch alles nicht hinan, was Hänschen Blum und andere Socialistenfresser gegen die Socialdemokraten geleistet haben.

Ein christlich-socialer Jugendbund ist jetzt begründet worden, Herr Stöcker ist natürlich sein Vater.

Er hat gestern vor 600 jung n Leuten über das Thema gesprochen: Siebt es auch für die Jugend eine Judenfrage? Selbstverständlich hat er das bejaht und seine besondere Freude ausgedrückt, daß nicht nur in der akademischen Jugend, sondern auch auf den Gymnasien und höheren Töchter Schulen der Antisemitismus sich ke Wellen schlage, oft sogar zu starke, denn ohne solche heuchlerische Verwahrung geht es bei den Reden des ehemaligen Hofpredigers nie ab. Er findet es durchaus richtig, daß sich die Jugend zur Bekämpfung des Judenthums zusammenhübe, wobei sie sich nicht auf politisches Gebiet zu geben brauche, denn das zieme nur gereisten Männern. Es kamen dann die üblichen Betrachtungen über die Juden in der Presse, in der Literatur, im Theater, als Aretgeber, als Aerzte und Advokaten, Warnungen vor dem Abonnement auf die Zeitungen, die Herr Stöcker jüdisch zu nennen beliebt. Auch über unzüchtige Inserate hat er seine jugendlichen Zuhörer belehrt und ihnen den Rath gegeben, gewisse Schauspiele im Theater, die das Judenthum verherrlichen, auszupfeifen.

Das Ganze war eine niedliche Hezrede in usum delphini, mit dem schönen Ausblick, daß bald die ganze Jugend, soweit sie nicht socialdemokratisch ist, antisemitisch sein werde.

Ausland.

Schweiz.

Zu Gunsten des Rechts auf Arbeit ist jetzt mit Sammlung von 50 000 Unterschriften begonnen worden, welches die Schweizerischen Grütlvereine und die socialdemokratische Partei vermittelt eines Initiativbegehrens zu verwirklichen trachten. Es gilt zunächst in der Bundesverfassung die rechtliche Grundlage zu schaffen; das oberste Staatsgrundgesetz soll ein Recht des Volkes auf Gewinnung seines Lebensunterhaltes durch ehrliche Arbeit öffentlich und für alle gesetzgebenden und ausführenden Behörden bindend anerkennen. Ist dieses Volkerecht rechtsgültiger Grundsatz des schweizerischen Staatslebens geworden, dann muß die Gesetzgebung des Bundes, der Cantone und der Gemeinden dafür sorgen, daß es auch praktisch durchgeführt werde. Hierbei sollen besonders in Betracht fallen: die Fürsorge für möglichst reichliche Arbeitsgelegenheit, namentlich durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Sorge für wirksamen öffentlichen und unentgeltlichen Arbeitsnachweis, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und Angestellten vor ungerichteter Entlassung und Arbeitsentziehung, staatliche Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Vereinigungsrechtes der Arbeiter, Gesetze, welche eine öffentlich-rechtliche Stellung der Arbeiter und Angestellten gegenüber ihren Arbeitgebern begründen und schützen. Unter den Initianten (den die Initiative Ergreifenden) besteht die Hoffnung, daß angesichts der herrschenden gedrückten Lage die Zahl der nöthigen Unterschriften bald beisammen und auch die Volksabstimmung dem Volksrecht günstig sein werde.

Der schweizerische Bundesrath hat sich wegen der Auslieferung des „Unabhängigen“ Köster, die, wie berichtet, wegen Anstiftung zum Meineide von dem

Magdeburger Gericht gewünscht wird, an die Reichsregierung gewendet, damit diese der Schweiz die Zusicherung ertheile, daß Köster, falls er wegen Meineids ausgeliefert werden sollte, nicht auch wegen Majestätsbeleidigung bestraft werde.

Die Regierung des Canton Basels hat zur Arbeitslosenfrage freundliche Stellung genommen. Das Baudepartement wurde beauftragt, die Arbeitslosen soweit es die Witterungsverhältnisse zulassen, bei staatlichen Arbeiten zu beschäftigen. Zur Gewinnung eines zuverlässigen Bildes über den Umfang der bestehenden colossalen Arbeitslosigkeit und der Unterstützungsbürftigkeit der Arbeitslosen wird amlich eine sofortige Enquete veranstaltet; hierfür wird dem Departement des Innern eine Commission an die Seite gegeben und dasselbe ermächtigt in Fällen dringenden Bedürfnisses Unterstützungen auf Kosten des Staates zu gewähren. Es wurde hierfür ein vorläufiger Credit bewilligt. Vor einem Jahre noch konnte sich die Regierung, obwohl bazumal die Arbeitslosigkeit ausgebehter war als heute, noch nicht auf den Standpunkt der unbeschränkten Anerkennung der Unterstützungspflicht des Staates stellen; dieses Jahr wird diese Pflicht anerkannt.

Frankreich.

Saubre Aussichten haben die Franzosen. Der Panamascandal wird zur Versumpfung geschleppt; die Bourgeoisrepublikaner geben sich die größte Mühe unter Verzicht auf ihre sogenannte Egre wenigstens ihr Höchstes, die Möglichkeit weiterer Ausbeutung des Staats und Volks, zu retten und der Orleansismus sowohl wie der Napoleonismus denken, auch in Frankreich werden die Dummen nicht alle, und bereitet eine mächtige Agitation zur Wiedererlangung der Macht vor. Unfre großen Bourgeoiszeitungen beschreiben die erbauliche Sache in folgender erbaulichen Weise:

In Frankreich geht die Panama-Affaire anheimelnd einer vorläufigen Versumpfung entgegen. Die Gerichtsverhandlungen gegen die Gründer der Panama-Gesellschaft, Lesseps, Fontane, Cottu und Eiffel, sind beendet und im Laufe der nächsten Woche soll der Urtheilspruch verkündet werden. Der alsdann bevorstehende Bestechungsproceß gegen eine Reihe von Parlamentariern dürfte weniger sensationell verlaufen, als man vielfach erwartet, da ein großer Theil der Strafthaten verjährt und auch die Frage noch unentschieden ist, ob die Bestechung von Abgeordneten als Bestechung von „Staatsfunctionären“ strafbar sei. Und ob die angeblich bevorstehende Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen einige weitere Parlamentarier, die durch das aufgefundenene Notizbuch Aron's veranlaßt sein soll, neues Belastungsmaterial beibringen wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Dagegen ist die Regierung emsig bemüht, die schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen zu bekämpfen, die der Panamascandal bereits gezeitigt hat. Die Kammer hat fast ohne Verathung einen Gesetzentwurf genehmigt, welcher die Schädigung des Credits der öffentlichen Sparkassen mit schweren Strafen bedroht. Da die französischen Sparkassen gehalten sind, ihre Capitalien in Staatsrente anzulegen, die Regierung auch von jeher mit Vorliebe sich an diese Kassen gewendet hat, wenn sie augenblicklich größerer Mittel bedurfte, so sind etwa vier

„Was Du nicht sagst — Tom Fernandez war Dein Pflegvater — ich war früher am Drurylane-Theater und habe sie beide gut gekannt. Bei dem Eisenbahnunglück in Weybridge fanden beide ihren Tod, nicht wahr?“

Folly bejahte und spielte nervös mit ihren kleinen Fingern, während der Portier sie mit neuem Interesse betrachtete.

„Weißt Du, daß wir eigentlich alte Bekannte sind?“ sagte er jetzt, indem er seinen Stuhl näher zum Feuer rückte. „Du mußt das nämliche kleine Mädchen sein, welches ich bei einem Besuch in Toms Haus in Chortsey sah — eigene Kinder hatte er doch nicht, soviel ich weiß?“

„Nein“, sagte Folly leise. „Damals sah ich Dich tanzen und als ich Tom fragte, ob Du zur Bühne kämst, sagte er, das habe noch lange Zeit. Aber wie ist mir denn?“ Tom ließ doch damals eine Andeutung fallen, Du solltest ihn erben, und wenn ich Dich jetzt so anschäue . . . nimm mir's nicht übel, aber . . .“

„Die Verwandten haben alles bekommen“, versetzte Folly finster.

„Ah — der Bruder und die saubere Frau Schwägerin?“

„Sowohl — das Weib ist ein Teufel!“ rief Folly blitzenden Auges.

„Ei, Du scheinst ja Frau Peter Fernandez sehr au zu kennen“, sicherte der Portier.

„Leider Gottes — und ich könnte ihr kalten Blutes den Hals umbrehen.“

„So haben sie Dich um Alles gebracht?“

„Um Alles, und dann hüllten sie mich in Lumpen, ließen mich arbeiten, bis mir das Blut unter den Nägeln hervorprang und gaben mir nicht satt zu essen. O, wenn ich dem Weib All's heimzahlen könnte, was sie mir angethan!“ (Fortsetzung folgt).

Humoristische Ecke.

Aus einem französischen Sittenstück. „Madame, Sie haben mein Vermögen verarobdet, Sie haben mich mit meinem besten Freunde betrogen, haben mich geohrfeigt und die Treppe hinuntergeworfen — ich sage Ihnen, Madame, treiben Sie die Sache nit aufs Aeußerste!“

Ähnlichkeit. Zwischen dem Nordpol und der Tache in Frauenkleidern besteht die Ähnlichkeit, daß beide unzweifelhaft vorhanden, aber nicht zu finden sind.

Sittmungswechsel. In der K-Strasse in Berlin hält ein Möbelwagen. Ein kleiner Junge steht bei dem Pferde und füttert es mit Brot. Schwunzelnd steht der Fuhrmann zu. „Det is brav“, wendet er sich an den kleinen Pferdefreund, „bet Du so 'ne Bi be zu die Thiere last. Sieh nur, wie ' dem Brauen schmedt. Aber sieh Dir denn Deine Mutter immer so mächtige Stullen?“ — „Ne“, antwortet der Kleine, „die is ja nich von meine Mutter.“ — „Wo hastie se denn her?“ — „Du, die hat da uff'n Wagen jelejen.“ — „Borntag nützt der Fuhrmann auf den Kraben los: „J, denn is bet ja meine Frühstück alle — Du entfamlicher Bergel Du!“ . . . Der arme Bursche, der schon in so jart-r Jugend den läßen Wechsel menschlicher Günst an sich erfahren sollte, ergüß schretend die Thränen.

Erlesenes.

Mit der Hälfte dessen, was heute in Europa die Kriegskosten betragen, ließe sich das Elend aufheben.

Emile de Girardin.

Ueber im Sturme steh'n, Als Erd' und Unrath küssen; Ueber in Leid vergeh'n, Als betteln und schmelzeln müssen. Emil Peschke.

Basirt es doch oft auf großen Sclavenschiffen, daß man bei großen Stürmen, und wenn das Schiff in Gefahr geräth, zu den schwarzen Menschen seine Zuflucht nimmt, die unten im dunklen Schiffsraum zusammengestaut liegen. Man bricht dann ihre eisernen Ketten, und verspricht heilig und theuer, ihnen die Freiheit zu schenken, wenn durch ihre Thätigkeit das Schiff gerettet werde. Die blöden Schwarzen jubeln nun hinauf an's Tageslicht hurrah! sie eilen zu dem Kommandanten, stampfen aus Leibskräften, helfen, wo nur zu helfen ist, Netzen, springen, kappen die Masten, winden die Tauer, kurz arbeiten so lange, bis die Gefahr vorüber ist. Alsdann werden sie, wie sich von selbst versteht, wieder nach dem Schiffsraum hinabgeführt, wieder ganz bequem angefaßelt und in ihrem dunklen Elend machen sie demagogische Betrachtungen über Verprechungen von Seelenverkäufen, deren ganze Sorge nach ihrer Erstanber er Sorge dahin geht, noch einige Seelen mehr einzutauschen.

S. Heine.

Millarden der französischen Staatschuld bei den Spar-
kassen festgelegt, und eine Schärkung des Credits
dieser Kassen tätigt zugleich auch den Staatscredit,
und damit den Credit der augenblicklichen Staatsform.
Von diesem Standpunkte aus haben die Veranstalter
des Panamascandals jetzt einen Feldzug gegen die
Sparkassen unternommen, dem die Regierung durch
das neue Gesetz ein jähes Ende bereiten will. Auch
im übrigen sind die Gegner der bestehenden Regierungs-
form emsig an der Arbeit. Von den Anhängern des
Grafen von Paris, in dem die Franzosen jetzt —
mit oder ohne G und — den eigentlichen Urheber den
gesamten Scandalfeldzuges sehen wollen, wird erzählt,
der Graf habe durch Vermittelung einer beiderseitigen
Verwandten und unter Vorlegung des gesammelten
Beweismaterials über Panama den Zaren von seiner
(angeblichen) Freundschaft für die Republik abgebracht,
welche letztere ja ohnehin nach der Ansicht des
orleanistischen Kronprinzen die nächsten Kammer-
wahlen nicht überdauern werde, und ihn für ein
Händnis mit den Orleans gewonnen. Andererseits
scheint Prinz Victor Napoleon fest darauf zu rechnen,
daß er demnächst Präsident der Republik werden wird.
Benigstens wird aus London gemeldet, daß die Bona-
partisten daselbst eine Anleihe von 5 Millionen Francs
für die nächste Wahlcampagne anzunehmen suchen, die
mit zehn Millionen zurückgezahlt werden soll, falls der
Prinz Präsident der Republik wird; falls das Kaiser-
reich wieder hergestellt werden sollte, wird dem Ver-
mittler der Anleihe sogar der Herzogstitel in Aussicht
gestellt. Natürlicherweise können die dynastischen
Parteien mit solchem Dramatistren allein den Sieg
nicht gewinnen. Daher wird jetzt verbreitet, daß die
höheren Stände und Enthaltungen nur ein Vor-
spiel bilden; der vernichtende Schlag für die parla-
mentarische Republik werde erst unmittelbar vor den
Wahlen geführt werden. Man wird allerdings gut
thun, solchen Drohungen nicht allzu viel Glauben be-
zumessen. Immerhin wäre es verfröh, bereits jetzt
den Abschluß der Panamascandals zu erwarten.

Von einem „Bäckerstreik“ in Marseille gingen
dieser Tage Nachrichten durch die Zeitungen nach welchen
angenommen werden mußte, daß es sich um einen
Arbeiterausstand handelte. In Wirklichkeit sind jedoch
die Bäckermeister die Streikenden. Sie schlossen ihre
Läden, um ihrem Unwillen Luft zu machen gegen die
Verfügung des sozialistischen Maire (Bürgermeister),
welcher, um die Bevölkerung vor Uebervortheilung zu
schützen, den Brotpreis amtlich feststellte. Die Behörden
berücksichtigten sich, um die Bevölk. nicht Noth leiden
zu lassen, der Bäckern, und stellten aus den Land-
und Seetruppen Bäckern ein. Die Bevölkerung stand
in diesem Streik nicht auf Seiten der streikenden
Bäckermeister, sondern pflichtet den Behörden bei. In
Folge des Bäckersstreiks machte sich bald Mangel an
Brot bemerkbar. Die Erbitterung im Publikum ist
auf's Höchste gestiegen durch die Meldung des Aus-
schusses in London, daß dort und in den Nachbar-
städten sich die Bäckermeister am Streik beteiligten.
Hungernde durchzogen die Straßen und versuchten einen
Sturm auf die Bäckereien, welche in Folge dessen von
Militär besetzt werden mußten. Trotz der heran-
gezogenen Militärbäckereien und einiger Deien in London
konnte man auf die täglich verlangten 70000 Kilo
Brot bis jetzt nur 15—20000 Kilo schaffen. Deutsche
Kapitalistenblätter waren schon zur Hand, über die
„Frischheit der Arbeiter“ zu schimpfen. Daß es die
Frauen waren, welche die Bevölkerung aushungern
wollten, um die ihnen unbequeme Verfügung zu be-
seitigen, davon hatten die arbeitserindlichen Pres-
sblätter keine Ahnung.

Die socialistische Behörde hat übrigens geneigt.
Der Streik der Bäcker war am 5. Februar beendet.
Die amtliche Drottage wurde aufrechterhalten.

Rußland.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands schildert ein
an die „Volkszig.“ gelangter Privatbrief aus Peters-
burg in düsteren Farben. Als Charakteristikum des
letzten Jahreschlusses zeigt sich ein ganzliches Dar-
überliegen von Handel und Industrie und ein ganz
trostloser Zustand der landwirtschaftlichen
Verhältnisse. Von dem Saatgetreide, welches die
Regierung im Frühjahr des Jahres hat austheilen
lassen, soll nur ein kleiner Theil zur Ausfaat ver-
wendet worden sein, so daß dieselben Gouvernements,
welche unter der Misere des Jahres 1891 schwer ge-
litten haben, jetzt wieder nothleidend sind. Was den
Handel anbelangt, so wird derselbe durch den Nothstand
in so vielen Gouvernements in Mitleidenhaft gezogen,
und der Industrie haben die verschiedenen bestehenden
Regulirungen, welche ihr in Form von Erhöhungen der En-
gelgölle gesetzt worden sind, ansehnlich mehr geschadet

als genügt. Es wird wenigstens von allen Seiten über den
Rückgang der Industrie geklagt. Wie es unter solchen
Umständen mit den Staatsfinanzen aussieht, ist leicht
zu ermessen, und der Drang der Regierung, durch Ab-
schlüsse von Handelsverträgen eine Belebung des
Handels und der Industrie zu versuchen, sehr erklär-
lich. „Es fragt sich nur, ob dies allein helfen wird,
ob nicht auch auf anderen Gebieten Reformen eintreten
müssen, welche das russische Volk fähig machen, von
den Verkehrs-Erleichterungen Gewinn zu ziehen. Hier
wäre ein recht dankbares Feld für einen Reformator;
abgesehen von den Reformen auf dem Gebiete des
Unterrichtswesens, die gewiß sehr dringend sind, thäte
es vor Allem Noth, die in den letzten Jahren vorge-
nommenen Reformen in der Communalverwaltung
weder rückgängig zu machen. Die russische Gemeinde-
verfassung konnte als eine sehr freie Welt gelten; heute
steht Alles unter Staatsaufsicht und man würde
lügen, wenn man behaupten wollte, daß sich seitdem
das Wohlfahrn der Gemeinden gebessert hat.“

Socialpolitisches.

Die Commission für Arbeiterstatistik ist, dem
„Reichsanzeiger“ zufolge, heute im Reichsamt des In-
nern zu einer zweiten Sitzung zusammen getreten. An
Stelle des erkrankten Unterstaatssecretärs Dr. von
Nottenburg, welcher die Verhandlungen der ersten
Sitzung in den Tagen vom 23. bis 25. Juni v. J.
geleitet hat, führte den Unterstaatssecretär im preussischen
Handelsministerium Lohmann den Vorsitz. Die Tages-
ordnung war folgende: 1) Erträge und geschäftliche
Mittheilungen; 2) Untersuchung über die Arbeitszeit im
Müllergewerbe; 3) Untersuchung über die Arbeitszeit im
Bäcker- und Conditorgewerbe; 4) Antrag Girsch: Er-
hebungen über die Verhältnisse der jugendlichen und
weiblichen Arbeiter und die Arbeitszeit der erwachsenen
Männer in der Hausindustrie; 5) Antrag Siegle:
Fortlaufende Erhebungen über die Löhne und die Ar-
beitszeit aller Arbeiter, welche den gewerblichen Berufs-
genossenschaften angehören.

Von der Unfall-Versicherung. Die mit dem
1. Januar 1893 in Kraft getretene Novelle zum
Krankenversicherungsgesetz enthält auch einige Bestim-
mungen, welche sich auf die Unfallversicherung beziehen.
Daranter ist die wichtigste die, welche den Berufsge-
nossenschaften das Recht einräumt, die ärztliche Behand-
lung eines vom Unfall Verletzten den Krankenkassen auch
vor Ablauf der dreizehnten Woche abzunehmen. Mi-
ttler Bestimmung ist für die Krankenkassen nicht min-
der wie für die Berufsge nossenschaften ein Vortheil ver-
bunden: Die ersteren werden durch die Verminderung
der Zahl der ihrer Fürsorge anheimfallenden Kranken
entlastet, und die letzteren sind in den Stand gesetzt,
besser als früher für die Ausheilung der Unfallver-
letzten zu sorgen. Wenn sich für die Berufsge nossen-
schaften damit auch das Heilvorsahrcoronto erhöht, so
wird die Erhöhung doch mehr als aufwogen werden
durch die Verminderung, welche das Rentencoronto er-
fährt. Die Bestimmung ist also für beide Theile er-
spriechlich. Mit Bezug hierauf weisen die „Berliner
Politischen Nachrichten“ auf die auffallende Thatsach-
heit hin, daß über die Ausführung dieser Bestimmung sich
noch immer, wie die Verhandlungen in der letzten
Sitzung des Ausschusses des Verbandes deutscher Be-
rufsgenossenschaften gezeigt haben, eine Einigung nicht
hat erzielen lassen. „Wo für beide Arbeiterversicherungs-
organe so große Interessen auf dem Spiele stehen“ —
bemerkt das genannte Correspondenzorgan — „sollte
man doch meinen, sei eine Verständigung leicht herbei-
zuführen. Fast scheint es, als wena die Rivalität der
beiderseitigen Aerzte hier eine Rolle spielte, welche den
materiellen Interessen weder der Krankenkassen noch der
Berufsgenossenschaften entspricht. Sollte dies tatsäch-
lich der Fall sein, so würde es gut sein, zu erwägen,
ob man die Rivalität nicht dadurch beilegt, daß man
womöglichens an keinen Orten ein und denselben Arzt mit
der Vertretung der beiderseitigen Interessen beauftragt.
Nachdem die Frage der Ueberrahme der Unfallverletzten
auch vor der vierzehnten Woche für die Berufsgenossen-
schaften die in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz
vorgesehene Regelung gefunden hat, sind zwischen
den Interessen der Krankenkassen und denen der Berufs-
genossenschaften nicht mehr solche Gegensätze vorhanden,
daß dies unmöglich wäre.“

Partei-Angelegenheiten.

Protuberanzsammlungen gegen die Militärvorlage
haben weiter stattgefunden in Braebel (Ref. Theis-
Hamburg), Gollauter (Ref. Gills-Erfurt), Burg in
Sachsen-Markischen (Ref. Kitz-Eimsb.), Niederrodern
bei Offentach (Ref. Galm-Seeligenstadt.)
In Dresden sprach Frau Klara Zeslin in einer

Versammlung über das Thema „Die Frauen des Pro-
letariats und der Militarismus“. Die Versammlung
erklärte sich dann für die Resolution, die vom Berliner
Parteitag gegen den Militarismus gefaßt worden ist.
Weiter wurde der Anschluß der Frauen an die Or-
ganisationen dringend empfohlen.

Gemeindewahlen. In dem braunschweigischen
Dorfe Stroit, wo noch vor einigen Jahren kaum ein
Anhänger der dritten Klasse an der Gemeinderaths-
Wahl theilnahmen sind in dieser Klasse diesmal sämt-
liche Candidaten der Arbeiter gewählt worden. Im
Dorfe Ammenchen wurde gleichfalls ein Socialdemokrat
zum Vertreter der dritten Klasse gewählt.

Die Aufnahme der Stuttgarter Arbeitslosen-
Statistik kostete den vereinigten Gewerkschaften dieser
Stadt insgesamt 534,14 M., wovon auf die 54 Zähler,
die selber arbeitlos waren, 256,50 M. Vergütung
gleich 4,75 M. pro Zähler entfielen. Da durch die
Statistik in Stuttgart 2086 Arbeitslose ermittelt wurden,
kommen auf jeden 25 1/2 Pf. Ermittlungskosten.

Vom Nothstande.

Der Commission der Arbeitslosen Zwidaus ist
vom Oberbürgermeister Streit versprochen worden, daß
die dort wohnenden Arbeitslosen bei der Vergebung
städtischer Arbeiten nach Möglichkeit berücksichtigt wer-
den sollen. In Bezug auf die directe Unternehmung
der Bedürftigen verweist der Beamte auf die Armen-
pfleger. Die von der Armenkasse gezahlten Unter-
stützungen würden als Darlehen betrachtet werden, so-
fern sie von den Empfängern bis zur nächsten Reichs-
tags-, Landtags- oder Gemeindewahl wieder zurückge-
zahlt worden seien. Diese Handlungsweise des
Zwickauer Magistrats ist anzuerkennen. Mögen sich
die Magistrate anderer Orte, wo man mit der Ge-
währung der Armenunterstützung immer noch den so-
fortigen Verlust des Wahlrechts verbindet, auf den-
selben vernünftigen Standpunkt stellen.

In Brandenburg hat die Aufnahme der Arbeits-
losenstatistik folgendes Ergebnis geliefert. In Ganzem
waren 984 Zählkarten ausgegeben worden. Davon
sind eingegangen 408. Hiernach waren am 24. Jan.
arbeitslos 312 Verheiratete und 96 Ledige. Die
Zahl der ernährungs-pflichtigen Angehörigen betrug
940. Das Alter der Arbeitslosen bewegte sich zwischen
14 und 77 Jahren. Die längste Dauer der Arbeits-
losigkeit betrug 313 Wochen 1 Tag. Sie betraf
einen 77 Jahre alten Mann, der keine Altersrente be-
kommt. Die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit belief
sich auf 4234 Wochen 2 Tage; durchschnittlich war
also jeder Arbeitslose 10 1/2 Woche ohne Beschäftigung.

Der Executiv-Ausschuß des Nothstandeausschusses in
Hamburg veröffentlichte seinen ersten Bericht. Danach
sind eingegangen 3 275 536 Mark, ausgegeben worden
2 202 500 Mark. Von den Eingängen kommen auf
Hamburg 1 196 304 Mark, auf das übrige deutsche
Reich 1 415 815 Mark, auf Amerika 324 159, auf
Großbritannien 161 569, Frankreich 26 797, Belgien
21 085, Afrika 20 913, Oesterreich-Ungarn 19 961,
Schweiz 18 266, Rußland 14 980, Niederlande 13 462,
Dänemark 13 444 Mark. Die übrigen Länder trugen
unter 10 000 Mark bei. Mit Ende März sollen die
Unterstützungen aufhören. Die Gelder sind dann ver-
braucht und die dann noch vorhandenen Nothleidenden
nach der Meinung des Ausschusses der Armenpflege zu
überweisen. Dieser kategorische Schluß beweist, daß
wir eben nicht in der besten der Welten leben.

Zur Geschichte der letzten deutschen
Bergarbeiterausstände.

(Socialpolitisches Centralblatt.)

„Diese Arbeiterbeschuldigung muß, wenn sie
wirksam sein und Früchte tragen soll, begleitet sein
von einer scharfen Repression der Socialdemokratie“
— diese Worte, die Freiherr von Stumm in der
Reichstags-sitzung vom 12. Januar d. J. während der
Debatte über die socialdemokratische Nothstandsinter-
pellation äußerte, nachdem sich die Discussion weit
mehr den Bergarbeiterausständen, als dem allgemeinen
Nothstand zugewendet hatte, dürfen mit Fug und Recht
als das Leitmotiv betrachtet werden, an dessen Hand
man die socialpolitische Entwicklung der neuesten, un-
besonnen begonnenen und unglücklich beendigten Arbeiter-
bewegungen in den westdeutschen Kohlenrevieren findet.
In Wahrheit verfahren Behörden und Unternehmer an
der Saar und in Rheinland-Westfalen nach jenem
Stumm'schen Rezept, nur noch nicht mit so vollendeter
Meisterschaft wie sein Urheber und auch nicht immer
ganz so consequent. Es ist eine Irreführung der
öffentlichen Meinung, wenn gegenwärtig nur von der
augenblicklichen und etwaigen künftigen Aufhebung der

Coalitionsfreiheit in den Bergrevieren mit einer gewissen Beschränkung gesprochen wird; die Coalitionsfreiheit hat für die Bergarbeiter im Saarrevier und in Rheinland-Westfalen auch bisher nur auf dem Papier gestanden, und dieser Umstand ist die eigentliche Ursache der neuesten, tief bedauerlichen Vorgänge — natürlich nicht der Bergarbeiterbewegung überhaupt, wovon heute nicht zu sprechen ist. In zweiter Linie waren die neuesten Bergarbeiterausstände eine Frucht der sogenannten preussischen Berggesetzreform vom vorigen Jahre, deren die Arbeiter verbitternde Zweideutigkeit hier seiner Zeit zur Genüge besprochen wurde, — auf diesen Punkt wird unten noch kurz einzugehen sein.

Die Coalitionsfreiheit hat für die Bergarbeiter im Saarrevier und in Rheinland-Westfalen auch bisher in der Hauptsache nur auf dem Papier gestanden — das lehren hundert Thatsachen, die dem aufmerksamen Beobachter seit Längem bekannt sind. Die Äußerung des Freiherrn von Stumm, die Bergbehörde im Saarrevier habe der Ansicht gehuldigt, „daß der Rechtsschutzverein (der Bergleute) auch seine guten Eigenschaften habe, indem durch seine Publicationen und Agitationen etwaige Verhältnisse, Unterschleife und dergleichen der Unterbeamten zur Kenntniß der Direction gelangen könnten“,*) weiß ja schon an und für sich auf eine höchst subalterne Auffassung des culturellen Nutzens der Arbeiterorganisationen durch die Behörden hin; sie ist aber außerdem die Äußerung eines Unternehmerautokraten, der bereits jede Pause in der coalitionsfeindlichen Thätigkeit der Behörden als einen unermeßlichen Schaden an der Unternehmerautorität ansieht. In Wahrheit sind den Organisationen der Bergarbeiter im Saarrevier und in Westfalen von Anfang an durch Behörden und Unternehmer die erheblichsten Schwierigkeiten gemacht worden. Diejenigen Bergleute, welche in den Fachvereinen als Emberufer von Versammlungen, als Beamte oder auch nur als einfache Mitglieder irgend einer Rolle spielten, waren stetig der Maßregelung durch die Bergbehörden und Zechen ausgesetzt. Zuletzt bestanden die Vorstände der Verbände in beiden Revieren nur noch aus „abgelegten“, d. h. entlassenen Arbeitern; ein anderer konnte den Posten garnicht mehr annehmen. Natürlich war es unmöglich, seitens der Unternehmer die äußerste Strenge gegen alle Mitglieder der Verbände wachen zu lassen. Da die letzteren immerhin 10 000 bis 20 000 Mitglieder hatten, so wäre die schroffe Maßregelung aller Mitglieder mindestens im Saarrevier gleichbedeutend mit dem Verlust der Hauptarbeitskräfte gewesen. Da trat dann erglänzend die Plackerei der organisierten Leute im Betriebe hinzu. Wer z. B. das Arbeiterorgan der Saarbrücker Bergverwaltung, das zuerst als Beilage einer anderen Zeitung erschien und das seit einiger Zeit aus Staatsmitteln selbstständig gemacht ist,**) von 1889 an aufmerksam verfolgt hat, wie der Verfasser, der weiß, daß hier die Mitglieder des Rechtsschutzvereins der Saar-Bergleute beständig als Menschen geringeren Grades geradezu der Verachtung, preisgegeben wurden. Das mußte selbstverständlich auf die Unterbeamten der Bergwerksverwaltung und ihre Praxis einwirken. Das Organ des Rechtsschutzvereins hatte seit Beginn mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihm geschäftlich und moralisch gemacht wurden; sein jämmerliches Aussehen und Innere redet noch heute Bände vom dem Kampf, den es tagtäglich auszuweichen hat. Localitäten zur Abhaltung von Versammlungen waren stets sehr schwer zu erhalten. Dafür wurde dann der Bau eines eigenen Versammlungs-locals für Bergleute auf dem Wildstoc bei Saarbrücken von der ganzen amtlichen Presse des Bezirks von Anfang bis zu Ende mit den lebenswichtigsten Glossen über die Geschäftsführung u. s. w. begleitet. Ein Wunder beinahe, daß das Haus seit Kurzem vollendet dasteht. Das traurige Bild, das mutatis mutandis auf den westfälischen Bezirk zutrifft, soll hier nicht weiter ausgemalt werden. Danach sind die Worte des preussischen Handelsministers v. Berlepsch zu beurtheilen, die er in der schon öfter erwähnten Reichstagsführung äußerte: „Die preussische Bergwerksverwaltung steht nicht auf dem Standpunkt und wird nie auf dem Standpunkt stehen, daß sie die Coalitionsfreiheit der Arbeiter beschränken will“ (a. a. D. S. 450). Zur Entschuldigung dieser Äußerung kann man nur die mangelfhafte Information des hohen Beamten annehmen, die ja auch in anderer Richtung erwiesen und erklärlich ist. Herr von Stumm will nun in kurzen Worten noch, daß „den socialdemokratischen Vereinen und Pressezeugnissen nicht bloß durch die Polizei,

sondern durch Selbsthilfe des Arbeitgebers, ob Privat- oder Staatsarbeitgebers, zu Leibe gegangen wird“. Das Zugeständniß, welches in den Worten liegt: „nicht bloß durch die Polizei“, ist sehr werthvoll; diese Macht hat also auch nach Herrn von Stumm ihre Schuldigkeit im Saarrevier gethan. Es fehlt seiner Ansicht nach die Einwirkung auf das, was der Arbeiter „nach außen thut“ — die Reglementirung seiner ganzen menschlichen und bürgerlichen Existenz! Herr von Stumm als großer Gütenbesitzer ist dies scheinbar gelungen, der noch größeren Bergverwaltung aber nicht, obgleich es an Bemühungen hierzu ihrerseits wahrlich nicht gefehlt hat, wie oben gezeigt wurde. Dieser Gegensatz zeigt den Weg in die socialpolitische Sachgasse, in welche die Argumente der Unternehmendespotie führen. So große Arbeitermassen, wie sie die Saargruben beschäftigen, lassen sich eben bereits nicht mehr in ihrem ganzen Dasein auch außerhalb der Arbeit knebeln. Der große Staatsbetrieb äußert hier bereits eine Art collectivistischer Wirkung: indem er Arbeitermassen von 30 000 Köpfen auf verhältnismäßig so engem Raume mit wesentlich gleichen Interessen zusammenhäuft, zieht er, ohne es zu wollen, die Anfänge des Klassenbewußtseins groß. Aus dieser naturgemäßen Entwicklung giebt es keinen Ausweg mehr, auch nicht mit der ausgebehutesten Stumm'schen Unternehmerschaft über die ganze Existenz des Arbeiters. Freiherr v. Stumm hat dies schlichtlich selbst zugegeben. Er hatte verlangt, daß die Bergverwaltung sofort zu Beginn des Ausstandes alle Bergleute „definitiv entlassen sollen, die binnen drei Tagen nicht anführen — so würde die ganze Sache im Sande verlaufen sein.“ Das klang ungeheuer schneidig und stramm. Als ihm aber vorgehalten wurde, was denn ein Betrieb anfangen solle, der 25 000 streikende Arbeiter „definitiv entlasse“, da zog sich Herr von Stumm hinter eine wunderbare Deutung seines „definitiven“ Entlassungsmodus zurück: „definitiv heiße nicht für immer; wer definitiv entlassen ist, kann in früherer oder späterer Zeit doch immer wieder angestellt werden“ (a. a. D. S. 463). Darin liegt das Eingeständniß der unbesiegbaren Macht der Arbeiterorganisation und der Arbeitermassen, die man wohl in ihrer Entwicklung zur culturellen Macht aufhalten, aber „nicht für immer“ davon abhalten kann. Und so bestand und besteht denn auch die ganze socialpolitische Weisheit der Behörden und Unternehmer im „Aufhalten“, in der zeitweisen Störung der Organisation, und diese Störungen allein verursachen die trübsten Erscheinungen, deren Zeugen wir in diesen Tagen wieder waren. Der Abgeordnete Barth hat es (a. a. D. S. 458) ganz richtig gesagt: „Die Arbeiter sind nicht am meisten zu fürchten, die organisiert sind; im Gegeatheil, die nicht organisierten Arbeiter sind zu fürchten. Die organisierten Arbeiter haben Führer, die von ihrer Verantwortung mehr oder weniger durchdrungen sind; diese haben etwas zu riskiren, wenn sie einen schlechten Rath geben, und diese haben auch zu gewärtigen, daß in dem Augenblick, wo der von ihnen vorgeschlagene Streik mißglückt, sie um ihre gesammte Position im Kreise ihrer Genossen georacht sind.“ Diesen Worten hätte nur noch die praktische Anwendung auf die Bewegung in den beiden Bergrevieren hinzugefügt werden sollen. Die Maßnahmen der Behörden und Unternehmer haben fortgesetzt bewirkt, daß die Organisation der Arbeiter eine halbe, unfertige, unreife blieb. Sie haben durch ihre Maßregeln unfähige und unbesonnene Leute zu Märtyrern und Führern gestempelt, die in einer fertigen und reifen Organisation ein Amt keinen Tag lang bekleiden würden. Sie haben die innere Selbstzucht der Mitglieder der Organisationen dadurch verhindert, daß sie dieselben fortwährend nur mit der Frage beschäftigen: darf ich überhaupt Mitglied sein oder nicht, und wenn ich es bleibe, habe ich da nicht schon Großes geleistet? Daher das ungestüme Drängen der undisciplinirten, halborganisirten Massen zum unzeitigen Streike, daher die Widerstandslosigkeit der Führer, die doch wußten, daß gar kein Rückhalt vorhanden sei. Halborganisation richtet denselben Schaden an, wie Halbbildung. Nicht der Staatsbetrieb und die Zechenbesitzer sind das Opfer des „Wahnsinns“ der Arbeiter, sondern die Arbeiter sind das Opfer eines — verfehlten socialpolitischen Systems. Der Vergleich zwischen dem Verhalten der socialdemokratischen Bergarbeiter Sachsens und dem der westfälischen und Saarbergleute, wie ihn der Abgeordnete Auer im Reichstag zog, spricht in dieser Beziehung wirklich Bände. Hundert weitere Belege können den Ueberflüssen über den thatsächlichen Gang der Bewegung entnommen werden, welche das Socialpolitische Centralblatt an an anderer Stelle seit Beginn der Ausstände brachte.

dauerlichen Vorgängen in den westlichen Bergrevieren hat, kann ebenfalls hier nur ganz kurz angedeutet werden. So Verlauf hat im „Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik“ (V. Band. 4. Heft) S. 634 ff. die unheilvolle Bedeutung dieser Mißreform, die der künstlich gezüchteten Halborganisation der Bergleute würdig an der Seite steht, für die Bergarbeiterbewegung in klarer Voraussicht treffend gezeichnet. In der preussischen Berggesetznovelle „überwiegt jener Ekel von Bestimmungen, die es dem Ermessen des Unternehmers überlassen, welchen materiellen Inhalt er ihnen zu geben für nöthig findet . . . in Wirklichkeit treten die Bestimmungen zu Gunsten der Unternehmer stark in den Vordergrund. Gegenüber diesen beiden Gruppen zur Bedeutungslosigkeit herab. . . Die Erfahrungen in den Steinkohlenbezirken, die kaiserlichen Erlasse, die Entsendung von Bergbeamten nach England, die langwierigen Vorbereitungen mußten in den Kreisen der Bergleute die Hoffnung erwecken, daß ihren Beschwerden gesetzliche Abhilfe gebracht werden würde. Um so größer wird die Enttäuschung sein, wenn sie das Hoffte mit dem Erlangten vergleichen.“ So schrieb der sachkundige Kritiker der preussischen Berggesetzreform lange vor Ausbruch der neuesten Ausstände, und wie sehr haben ihm die Thatsachen Recht gegeben! Die neue, auf Grund der Berggesetznovelle vom 1. Januar d. J. ab einzuführende Arbeitsordnung für die staatlichen Saarkohlengruben war der Tropfen, der das Gefäß zum Ueberlaufen brachte, war der letzte Anlaß, daß man Sturm entete, nachdem man Wind gefehet hatte. Darüber waren sich auch alle Redner im Reichstag einig. Jene Arbeitsordnung wurde nach Maßgabe des „A-formgesetzes“ ohne die Arbeiter entworfen, sie verewigte alte Mißstände und brachte erhebliche Lohnreduktionen für einzelne Arbeiterklassen, und sie sollte unverändert unter dem Schein eingeführt werden, als hätten die Bergleute in den machtlosen Grubenausschüssen einen Einfluß auf ihre Fassung ausüben können. Das war die erste praktische Äußerung der Berggesetzreform im Saarrevier, und sie verfehlte ihre Wirkung nicht. Ubrigens erhoben die Saarbergleute rechtzeitig ihren Widerspruch gegen die neuen Bestimmungen. Es ist das Verdienst des Abgeordneten Auer, dies sachlich in der Reichstagsführung vom 13ten Januar d. J. nachgewiesen zu haben.

Die Stellung der Nachhaber zur Coalitionsfreiheit und zum gesetzlichen Schutz der Bergleute hat also im Wesentlichen die socialpolitischen Zustände gezeitigt, vor denen wir jetzt in den Bergrevieren stehen. Wer es nicht liebt, sich und Anderen angenehme Täuschungen zu bereiten, wird auch sagen müssen, daß nicht die geringste Aussicht auf Aenderung dieses Systems vorliegt. Es wird also weiter in den Richtungen wirken, die oben angedeutet wurden. Damit dürfte in sehr bedauerlicher aber schwerlich zu vermeidender Consequenz die Arbeiterbewegung in den deutschen Kohlenrevieren allmählig bei der naturgemäßen Ungeschliffenheit einer hart arbeitenden Bevölkerung Ueberlidkeiten annehmen, die den Klassenkampf in unsäglichlicher Weise verschärfen.

Frankfurt a. M. Max Duard.

Arbeiterbewegung.

Als eine Folge der Aussperrung der Tabakarbeiter in Hamburg-Altona-Ottenen entstand die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg. Dieselbe besitzt in Hamburg und Umgegend 70 Verkaufsstellen, beschäftigt gegen 150 organisierte Tabakarbeiter und zahlt mindestens 33 1/3 Procent mehr Lohn als ihre capitalistischen Concurrenten. Das Streben der Genossenschaft geht nun dahin, durch Errichtung von Fabrik-Filialen in den meist unterdrückten Districten den dortigen Collegen die Organisation und Agitation zu ermöglichen, nachdem sich herausgestellt hat, daß das Bestehen einer solchen Genossenschaft nicht ohne segensreichen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Unternehmert ist. Eine solche Filiale ist zunächst in Schwesee gegründet worden, woselbst vor zwei Jahren die Tabakarbeiter in Folge einer Besprechung über ihre niedrigen Löhne ausgesperrt wurden mit dem Bemerkten, daß nur bei Austritt aus der Organisation eine etwaige Wiedereinstellung erfolaea könne. Die so Gemafregelten wurden in der Genossenschafts-Filiale sämtlich untergebracht. Aber diese bedarf der thatkräftigen Unterstützung, um ihr Personal dauernd beschäftigen zu können. Und diese Unterstützung soll darin bestehen, daß Händler, Vereine, Wirthe, Krämer und Privats der Genossenschaft ihre Kundenschaft zuwenden. In einem längeren Aufrufe, dem wir die obigen Angaben entnehmen, fordert nun der Vorstand der Genossenschaft (Hamburg-Eimsbüttel, Schäferstraße 17.19) alle Interessenten auf, sich wegen weiterer Aufschlüsse über die

*) Stenographisches Protocoll der Reichstagsführung vom 12. Januar 1892. S. 442.
 **) Herr von Berlepsch sagte im Reichstage: „Das Organ, welches die Bergwerksverwaltung benutzt, um ihre Kundgebungen an die Bergleute gelangen zu lassen.“

Welchen Antheil in zweiter Linie die verfehlte Reform der preussischen Berggesetzgebung an den be-

Bezugsbedingungen u. s. w. an ihn zu wenden. — Wir gaben dem Vorstehenden Raum, da bei Verwirklichung des Strebens nach Erweiterung die Genossenschaft zweifelsohne im Stande sein wird, nicht nur einen erheblichen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben, sondern auch die Organisation zu stärken, indem sie den Gemäßigten Rückhalt gewährt. Gerade in der Tabakarbeiterbranche dürfte die Möglichkeit einer erfolgreichen genossenschaftlichen Thätigkeit gegeben sein.

Eine Lohnstatistik haben die Mitglieder der Berufs-Genossenschaft der chemischen Industrie für Berlin und die nächste Umgebung aufgenommen. Danach verdienen männliche Arbeiter an Tagelöhnen:

Arbeiter	Pfennig	Arbeiter	Pfennig
150	151—175	745	351—375
197	176—200	541	376—400
336	201—225	368	401—425
756	226—250	224	426—450
1319	251—275	147	451—475
1688	276—300	169	476—500
1456	301—325	92	501—525
1208	326—350		

Von den weiblichen Arbeitern erhalten 53 Proc. in Berlin 75 Procent in der Umgebung 126—175 Pfennig. Die Dauer der Beschäftigung schwankt zwischen 1 und 350 Tagen. Gezählt wurden 5122 männliche und 1360 weibliche Arbeiter in Berlin und 4980 männliche und 362 weibliche Arbeiter in der Umgebung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Februar 1893.

Nothstand!

früh am Morgen ging ich aus
Durch die eingepferchten Gassen,
Sah da im zerlumpten Flans
Mit dem Gramgesicht, dem blauen,
Scheuen Blick manch' Weib enteilen
Mit dem Stricke unterm Arm,
flugs im Wald sich Holz zu suchen,
Still ertragend ihren Harm. —
Hungersnoth, sie ist in Sicht,
Über Nothstand? Gibt es nicht! —

Und am Mittag! Welch' ein Spiel!
Vort an jenem Hofthor lagern
Sich der Arbeitsmänner viel,
Schlürfend an dem „Mahl“, dem mageren,
Das die Kinder ihnen brachten,
Weil zu kurz die Mittagspaus,
Um daheim den Napf zu leeren —
Und der Lohu, er reicht nicht aus . . .
Hungersnoth, sie ist in Sicht,
Über Nothstand? Gibt es nicht!

Und am Abend! Kehret ein,
Herr-Agrarier, bei den Armen;
Schaut das Elend und die Pein
Arbeitsloser! Habt Erbarmen!
Brot ist Luxus ihm! Nicht kaufen
Kann den „Leckerbissen“ er,
Weil der Kiefernzoll verteuert
Die bescheidenste Begehr! —
Hungersnoth, sie ist in Sicht,
Über Nothstand? Gibt es nicht!

[Reichsgerichtsentcheidung in Sachen Thiel.] Am 28. October wurde wegen einer Schimpfungsbeleidigung Genosse Thiel, Redacteur der „Volkswacht“, zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurtheilt. Die vom Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Marcule eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht für begründet erachtet und zur nochmaligen Entscheidung an das hiesige Landgericht verwiesen. Die neue Verhandlung findet Dienstag den 21. Februar statt. — h.

[Beschlagnahme der „Volkswacht.“] Am Sonnabend wurde die Nummer 30 d. r. „Volkswacht“ beschlagnahmt. Dagegen soll dem Vernehmen nach der „Breslauer Localanzeiger“ beschlagnahmt sein. Wie die bürgerlichen Blätter berichten, soll die Beschlagnahme wegen Majestätsbeleidigung erfolgt sein.

[Unfälle durch Verbrennen.] Vergangenen Sonnabend, den 4. d. M. So mittag verunglückte die Frau eines Cigarrenfabrikanten von der Friedrichstraße, dadurch, daß ihre Kleider am Ofen in Feuer geriethen und fast ganz auf dem Körper der Frau verbrannten. Der Haushälter Maimwald, welcher die Verunglückte retten wollte, erlitt schwere Brandwunden am linken Arm. Nachdem ein Arzt beiden Verunglückten Kühlverbände angelegt hatte, wurde die Frau per Wagen nach dem Milderheiligen-Hospital geschafft, wo sie Aufnahme fand. Der Haushälter wird

ebenfalls von dort weiter behandelt. Die Frau bot mit ihren Brandwunden einen schrecklichen Anblick.

[Der Vergessenheit zu entreißen.] Wie hiesige Zeitungen berichteten, ist der in Breslau so wohlbekannte Rechtsanwalt Kirchner, welcher auch hier seinen Beruf ausübt, zweiter Bürgermeister von Berlin geworden. Die ganze Angelegenheit ist schon nicht mehr neu und würden wir sie auch garnicht mehr erwähnen haben, denn uns ist es gleichgültig, wer Bürgermeister von Berlin wird, wenn wir bei dieser Gelegenheit nicht etwas der Vergessenheit entreißen möchten. Herr Kirchner war während der 1890er Reichstagswahl Vorsitzender des hiesigen freisinnigen Wahlvereins. Derselben Vereins, welcher am Abende nach der Hauptwahl mit den Cartellbrüdern das „ruhmvolle“ Bündniß gegen die Socialdemokraten schloß. Herr Kirchner erklärte an dem genannten Abende, wenn das Bündniß mit den Cartellbrüdern nicht zu Stande kommt, er sein Amt als Vorsitzender niederlege. Wie die Freisinnigen nun aber einmal sind; erst war eine lebhaftige Opposition gegen das Bündniß, als aber die Opponenten sahen, daß ihr Vorsitzender keinen Spieß machte, beschloßen sie nach seinem Willen. Auf diese Art behielten sie ihren Vorsitzenden und erhielten auch ein Reichstagsmandat. Lange sollte die Freude aber nicht dauern, denn Herr Kirchner legte doch nach der Stichwahl sein Amt nieder. Was ihn nachher dazu veranlaßte, wissen wir nicht. Wahrscheinlich weil die Stichwahl im Districte nicht nach seinem Willen ausfiel, und weil er schließlich einsah, daß die freisinnige Partei übrig ist. Deshalb schwante er nach rechts. Hoffentlich wird er sich mit seinem Collegen Zelle vertragen. Sonst gehörte Herr Kirchner zu unseren anständigen Sägern, die allerdings sehr selten.

[Vom Lobe-Theater.] Die Premiere von Moliere's „Die gelehrten Frauen“ (in der Uebersetzung von Ludwig Julda) und Grillparzer's herrlichem Fragment „Süher“, welches die Erhebung Sabara's, nach welcher das Buch Süher im alten Testament genannt ist, zur Perfektion behandelt, findet am Dienstaag statt. „Die gelehrten Frauen“ werden gleichfalls, wie die bisherigen Moliere-Aufführungen, bei offener Scene zur Darstellung gelangen und werden die Acte durch 3maliges Klopfen angezeigt.

[Circus Krembier.] Während die neue Panomime aus dem Farmer- und Indianerleben, fesselnd durch ihre dramatische und darstellerische Verwe, anziehend durch liebliche, sowie spannende, ja aufregende Episoden, bezeichnend durch elegante Ausstattung und glänzende Balletarrangements, die Hauptnummer bildet, folgen die immer zahlreicher werdenden Besucher auch allen übrigen Nummern der Vorstellungen mit Spannung. Unter den equestrierten Nummern der letzten Tage, verdient besonders und an der Spitze hervorgehoben zu werden, die Vorführung des prächtigen russischen Schimmelhengstes A-Tourbell aus dem Fürst Droschischen Gestüt, in Freiheit dirigirt durch den Director Herrn A. Krembier. Das edle temperamentvolle Thier von geradezu idealen Formen, weckt die vollste Sympathie des Pferdebekenners und Freundes. Eine ebenso hochbefriedigende Nummer war die Cite-Nummer im Gebiet der höheren Reitskunst, das Reiten der hohen Schule in allen Gangarten von Director Krembier auf dem nicht minder feurigen englischen Vollblut engl. Mikado. Wir können überhaupt nicht nachdrücklich genug darauf hinweisen, daß gerade das Gebiet der höheren Equestrik im Circus Krembier eine Position behauptet, welche keine Concurrenz zu scheuen braucht — und dies ist doch wohl naturgemäß die Hauptaufgabe eines distinguirten Circus. Als spannende originelle Episode der letzten Donnerstagsvorstellung sei erwähnt der Ausritt einer Wette zwischen dem Inhaber der hiesigen Central-Rosßblähterei Herrn Gerber und dem Inhaber des Etablissements „Bergkeller“ Herrn Sachs. Herr Gerber erklärte sich bereit, die Arena auf dem Rücken eines ungefalteten Pferdes stehend dreimal zu umreiten, was Herrn Sachs nicht glaubhaft erschien. Herr Gerber erfüllte sein Versprechen voll und ganz und bewegte sich dazu mit legerer Sicherheit auf dem galoppirenden Thiere, so daß ihn das in 500 Mark bestehende Wetteobject rückhaltlos zuerkannt werden konnte.

[Reichsgerichtsentcheidung.] Nach § 288 des Strafgesetzbuches wird derjenige, welcher bei einer ihm drohenden Zwangsverhaftung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, „auf Antrag des Gläubigers verfolgt und mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht durch Urtheil vom 14. October 1892 ausgesprochen, daß antragsberechtigt nur der Gläubiger ist, von welchem die Zwangsverhaftung droht.

Wissenschaft und Technik.

Das Licht der Zukunft. Es ist nicht unwahrscheinlich, sagt Crookes, daß das unterbrochene Phosphorlicht, welches durch gewisse Körper ausgestrahlt wird, sobald man sie in einem sehr entfernten leeren Raum bringt und der Wirkung eines hochgespannten Stroms aussetzt, nichts anderes ist, als eine künstliche Herstellung elektrischer Strahlen oder hinreichend kurz Wellen, um unsere Sinnesorgane anzugreifen. Wenn ein derartiges Licht leichter und regelmäßig hergestellt werden könnte, würde es unendlich ökonomischer als das Licht einer Flamme oder eines elektrischen Bogenslichtes sein, denn es hat in der Form von Wärmestrahlen nur einen sehr geringen Theil der betreffenden Energie absorbiert. Die Natur liefert uns außer den Beispielen der Erzeugung dieses Phosphorlichtes in den Johanniswürmchen und dem Irlicht. Das von denselben ausgestrahlte Licht ist, obgleich es auf großen Entfernungen wahrgenommen wird, von keiner Wärmeabgabe begleitet, welche selbst von unseren empfindlichsten Instrumenten nicht gemessen werden kann. In hochgespannten Wechselströmen gelang es Nikola Tesla mittels Induction durch ein Lämpnglas eine genügende Energiemenge hindurchgehen zu lassen, um einen Kohlenfaden glühend zu erhalten, ohne Verbindungsdrähte zu benutzen. Es konnte sogar ein Zimmer erleuchtet werden, wobei der Beleuchtungsapparat beliebig wo aufgestellt wurde und das Licht abgab, ohne daß eine elektrische Verbindung hergestellt wurde. Es hatte diese Anfangsbedingung erreicht, indem er in dem Zimmer ein mächtiges, elektrostat. sehr schnell wechselndes Feld schuf und an jedem Leitungsende 2 Metallblättchen verband, so daß eine Röhre, in welcher man den leeren Raum anbrachte, leuchtend wurde, sobald man sie zwischen diese beiden Blättchen oder irgendwo in der Saale aufstellte.

Schlesien.

Liegnitz, den 2. Februar. Die Majorität der hiesigen Conservativen hat sich in der Generalversammlung des conservativen Wahlvereins am vergangnen Dienstaag aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Aufstellung eines eigenen Candidaten und für Unterstützung des Antifemiten Herrn Hertwig erklärt. Sie fürchteten, daß durch eine Zerstückelung der conservativen Stimmen weder der conservative noch der deutsch sociale, sondern der socialdemokratische Candidat, unser Genosse Kühn, in die Stichwahl kommen könnte. Der vor. Herr Rechtsanwalt Palatke in Liegnitz in der oben bezeichneten Generalversammlung gestellte Antrag, die Aufstellung eines eigenen conservativen Candidaten für die Reichstagswahl betreffend, wurde, nach der „Liegnitzer Zeitung“, mit 60 gegen 40 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde der folgende von Herrn v. Miksch-Rosenfeld-Ruchberg bei Liegnitz gestellte Antrag angenommen:

In Erwägung, daß der vorgerückten Zeit wegen die Aufstellung eines eigenen Candidaten aus Rücksicht os erscheinen in fernerer Erwägung, daß die deutsch sociale Partei für die Landtagswahl die Unterstützung der conservativen Candidaten zugelassen hat, in Erwägung endlich, daß in der Vertretung des Wahlkreises durch den conservativen gestandenen Rechtsanwalt Hertwig eine wesentliche Verbesserung gegenüber früher immerhin erblickt werden muß, beschließt die conservative Partei, von der Aufstellung eines eigenen Candidaten abzusehen und überläßt ihren Mitgliedern, ob sie für den Rechtsanwalt Hertwig bei der bevorstehenden Reichstagswahl eintreten wollen.

Hierzu brachte Herr Dr. Meusel folgenden Zusatz Antrag ein, der ebenfalls Annahme fand:

Der heutige Parteitag möge den Beschluß fassen: „In kräftiger Aktion gegen die jetzigen Wahluntreue der freisinnigen Partei baldmöglichst einzutreten und mit dieser Aufgabe eine heute zu wählende Commission zu betrauen.“

Die Minorität der Conservativen hielt es rohdem für unerlässlich, einen eigenen conservativen Candidaten zu präsentieren und hielt nach Schluß der Generalversammlung zu diesem Zweck eine besondere Versammlung ab, in welcher Graf Leo von Rothkirch-Trach, königlich preussischer Kammerherr, als conservativer Reichstagscandidat proklamirt wurde. Wir Socialdemokraten sind guten Muths, die Freisinnigen und die Antifemiten möge sich nur ruhig mit Haut und Haar gegenseitig aufreissen und die Conservativen mögen ihnen dabei helfen. Wir bleiben am Leben und unsere Partei wird alle andern überdauern.

Aus den Nachbarprovinzen.

Trebitz, Kreis Lübben. In einer Glashütte erfror ein Arbeiter aus der Glashütte in Famly kam nach der „Frl. Ober-Blg.“ am 27. v. Mis., obends in angetrunkenem Zustande nach Hause und setzte sich in eine Glaskiste. Am andern Morgen fanden ihn Arbeiter der Glashütte in der Kiste erfror. Sein Leichnam konnte nur mit großer Mühe in den Sarg gelagt werden, da derselbe ganz krumm und steif war.

Gerichtliches.

[Wuchergeschäfte an der Börse.] Herr Paradies war beschuldigt, der großen Wallerfirma Siegfried Sachs an der Börse vorgeworfen zu haben; „die treibe Wuchergeschäfte“ und deshalb wegen Beleidigung auf Grund der Börsenordnung vom Besuch der Börse auf 14 Tage ausgeschlossen. Paradies appellirte hiergegen beim Bezirksauschuß, wurde aber

Dienstag, den 7. Februar 1893, Vormittags 10 Uhr,
in Gutschmann's Lokal in Pöpelwitz

Versammlung von Arbeitslosen.

Tagesordnung:

1. Bericht der Deputation.
 2. Vortrag des Genossen Schütz.
 3. Diskussion
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Deputation.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.
 Montag:
 Die Tochter des Herrn Fabricius.
 Dienstag:
 Bojazzo.
 Der Stüber Weihnachtstramm.

Lobe-Theater.
 Montag:
 Familie Pont-Biquet.
 Vorher:
 Zwei glückliche Tage.
 Dienstag:
 Zum ersten Male:
 Die gelehrten Frauen. — Esther.

Circus Kremsler

Breslau, Zeugplatz.
 Täglich:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
 Heute und folgende Tage:
Buffalo Bill
 an der Indianergrenze,
 ober:
 Der treue Negerjunge
 Große Ausstattungsphantome in
 2 Acten für den Circus arrangirt
 und in Scene geht von Herrn
 Director A. Kremsler.
 Außerdem Auftreten der hervor-
 ragendsten Reithünstler, Reit-
 hülfkünstlerinnen und Special-
 kisten A. Hanges, sowie sämt-
 licher Clowns in ihren besten
 Stücken.
 Alles Nähere die Tageszettel.
 Der Circus ist gut geehrt.

Feiern-Kalender.

Breslau.
 Kranken-Unterstützungs-
 Bund der Schneider-Deutsch-
 lands. (E. H. Braunschweig). Jeden
 Dienstag Abends 8 Uhr: Ka-
 sernen im Gasthaus „zum roten
 Löwen“, Kupferstraße 21. —
 Gäste willkommen. Aufnahme neue
 Mitglieder.
 Deutscher Schneider-Verband
 Jeden Dienstag Abends 8 Uhr
 Kassenabend im Gasthaus „zum
 roten Löwen“, Kupferstraße 21
 — Gäste willkommen. Aufnahme
 neuer Mitglieder.
 Gesangsverein der Stein-
 weber. Jeden Dienstag, Abends
 1/8 Uhr: Übungsstunde unter
 tüchtigem Dirigenten in Zabels Kofa
 Kleine Großenstraße No. 15.
 Sozialdemokratischer Arbeiter-
 verein Breslau-Land-Neumarkt
 — Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr:
 Mitgliederversammlung im Lokal
 des Herrn Gutschmann in Pöpelwitz
 — Alles Nähere daselbst.
Hannau.
 Arbeiter-Gesangsverein „Lieber-
 wam“. — Jeden Dienstag, Abends
 8 Uhr: Übungsstunde im Gast-
 haus „zum goldenen Löwen“. — Auf-
 nahme neuer Mitglieder.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Lesezimmer Nr. I.
 Schul's Lokal, Ludwigstraße 8.
 Der Vereinsabend fällt bis auf Weiteres aus.

Lesezimmer Nr. II.
 Küster's Lokal, Lehndamm 28 (Zdahon).
 Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:
Discussions-Abend. Thema: Religion und Wissen-
 schaft. Referent: Genosse Stelzer. Gegenreferent: Genosse Schebs.
 2. Interpellation und Anträge.
 Die Genossen, welche noch nicht ihre Mitgliedsbücher abgeholt haben,
 werden ersucht, dieselben zu holen. — Gäste willkommen. — Pünktliches
 Erscheinen erwünscht, da die Beteiligung eine recht zahlreiche zu werden
 verspricht.

Lesezimmer Nr. III.
 Porwertsstraße Nr. 47. Gasthof „zum Raben“.
 Dienstag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Polinski über: Arbeitslosigkeit.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Gesangsabtheilung.
 „Drei Raben“, Neumarkt Nr. 8.
 Die Übungsstunde fällt aus.

Achtung! Verein Gewerkschaftler! Achtung!
Angehörige Mitglieder-Versammlung
 Mittwoch, den 8. Februar 1893, Abends 8 Uhr
 im Gasthaus zu den 3 Tauben, Neumarkt 8.
 Tages-Ordnung wird in nächster Nummer bekannt gemacht. Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren!
 Offerte in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:
 Sumatra-Cigarren, vorzüglich brennend, in 1/10 Kisten 2,00 RM. u. 3,00 RM.
 Klein amerik. Cigarren in 1/10 Kisten 3 RM. und 4 RM.,
 Feinster Feliz-Brasil per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 RM.
 Geschnittene und ungeschnittene Rippen billigst.
Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner,
 Fabrik und Hauptgeschäft: 33
 Breslau, Hohlplatz 11, am Ederthorbahnhof.
 Filialen: Schölergasse 1, Hammer 35, Friedr. Wilhelmstr. 4, Fischerstr. 28 a.
 Neu eröffnet: Schmidstr. 47.

Gegen die Militärvorlage!

Soeben erschienen:

100,000 Soldaten mehr!

Ein Wort zur Militärvorlage
 von Emil Rosenow.

Preis 10 Pfennige.
 Verlag von C. G. Ludwig in Chemnitz.

Diese Broschüre behandelt in eingehender Weise die
 Militärvorlage, sie bringt das ganze Zahlenmaterial, die
 Staatsschulden, die indirekten Steuern, die durch die Vorlage er-
 zeugten Belastungen, die beabsichtigte Heeres-Organisation,
 eine Kritik der neuen Steuerprojekte die Stellung der bürgerlichen
 Parteien, die Sozialdemokratie, die Forderung der Volkwehr. —
 Die Broschüre ist durch ihren billigen Preis und durch ihren packen-
 den, trefflichen Inhalt ein Agitationsmittel ersten Ranges, welches
 überall seine Wirkung thun wird. Allen Genossen empfehlen wir
 dasselbe. — Für Wiederverkäufer, Colporteurs höchster Rabatt. —
 Einzelbestellungen ist der Betrag und das Porto beizulegen.

Zu haben in der Expedition d. Blattes.

Bauten!

Renovation, Facadenputz, Umbau,
 Beaufsichtigung, Uebernahme von
 Neubauten übernimmt **äußerst
 billig**, Zeichnungen, Kostenan-
 schläge zc. gratis, sowie jede tech-
 nische Arbeit.
 Gefäll. Offert. unter A. C. 21
 Briefkasten d. Zeit.

Der schlechten Geschäftszeit
 entsprechend verkaufe ich 424
**Möbel, Spiegel und
 Kolonialwaren** zu spottbilligen
 Preisen
Carl Scholz.
 Nur 15, Radlergasse 15.

Rohtabak
Seydel & Junghans
 Breslau,
 Carlsstraße 30 (Girschel). 452

Stiefel 515.
 und Schuhe für Herren
 Damen und Kinder,
 vorzüglich und billig, bei
M. Thomas,
 31 Friedrich Wilhelmstr. 31.

Meine Wohnung befindet sich jetzt
Gräbischenerstr. 45.
Frau Giesmann,
 Geburtshelferin.

Feine Sahheringe.
 die Mandel von 0.30—1.20 Mk.
 Ring 46, im Hofe.

Gute Speisepartoffeln
 a Str. 1.80 Mk.
Eöschstraße Nr. 24
 zu verkaufen. 591

Kaffee! Kaffee!
 Stets frisch gebrannt, d. Pfd. 120, 130,
 150, best. weißer Garin, d. Pfd. 27 Pf.,
 best. Würfelkaffee, d. Pfd. 30 Pf.,
 bestes Weizenmehl 00, d. Pfd. 12 Pf.,
 bester Jamaikakaffee, d. Str. 100 Pf.,
 Tafelreis, Graupe, Hirse, d. Pf. 15 Pf.,
 best. Petroleum, d. Str. 17 Pf., Seife,
 Soda, Lichte, Stärke, Hülsenfrüchte bill.
Otto Ogrowsky jun.,
 415, Große Großenstraße 415.

Möbel, Spiegel, Kolonialwaren,
 Bilder, Regulatoren, Lampen
 und Wanduhren, Tischdecken,
 Gardinen, allerbilligst bei
Gerstel, fröh. Mehlhose,
 Matthiasstraße 17. 503

Über 500 Illustrationen und Kartenbeilagen.
 Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.

MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON

VIERTE AUFLAGE

Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung
 zur Ansicht.
 250 Hefte à 50 Pfennig. — 10 Halbfranzbände à 10 Mark.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuth-Str. 2.

Protokoll

Über die
Verhandlungen des Parteitages
 der
 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 Abgehalten zu Berlin vom 11. bis 21. November.
 ca. 20 Bogen Oktav. Elegant broschirt. Preis 50 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Verantwortlich für den politischen Theil, Provinziales und Feuilleton: Bruno Geiser; für den localen Theil, Vereine und Versammlungen: Gertrud und Vermischtes: Paul Henning;
 für den Inseratenteil: E. Zahn; — Redaction: Ballstraße 14c, II; — Expedition: Weißgerberstraße 64; — Verlag von D. Schatz; — Druck von Th. Schatz; — sämtlich in Breslau